

02.06.2020

## **Konjunkturprogramm der Bundesregierung: Rasch wirkende und breit angelegte Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft erforderlich**

Die Bundesregierung will in dieser Woche ein Konjunkturpaket auf den Weg bringen, um angesichts der Corona-Krise die Wirtschaft zu beleben. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl begrüßt die Initiative. „Die Stahlindustrie, die am Beginn der industriellen Wertschöpfungsketten steht, spürt die coronabedingte Wirtschaftskrise in besonderer Weise. Angesichts der schwersten Rezession der Nachkriegszeit braucht es jetzt rasch wirkende und breit angelegte Impulse zur Stabilisierung der Nachfrage. Diese müssen mit Blick auf die Stahlindustrie zudem abgesichert werden durch handelspolitische Maßnahmen“, erklärt Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der WV Stahl.

Infolge der Corona-Krise nehmen die Verzerrungen auf den internationalen Märkten zu. In der Stahlindustrie verschärft sich das Problem der globalen Überkapazitäten. Eine Konjunkturerholung in der Stahlindustrie setzt daher ein konsequentes Vorgehen gegen unfaire Stahlimporte voraus. Notwendig ist insbesondere eine sachgerechte Anpassung der EU-Schutzklauselmaßnahmen, die den außergewöhnlich schwierigen Rahmenbedingungen für die Industrie Rechnung trägt.

Die Maßnahmen und Instrumente sollten so aufgesetzt werden, dass sie das Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft bis 2050 unterstützen. „Ein Schwerpunkt eines nachhaltigen Konjunktur- und Wachstumsprogramms muss auf der Förderung des technologischen Wandels in Richtung einer CO<sub>2</sub>-armen Grundstoffproduktion liegen. Für die Stahlindustrie wurde bereits ein konkretes „Handlungskonzept Stahl“ entwickelt, das jetzt rasch umgesetzt werden muss“, so Kerkhoff weiter. Das Konzept beinhaltet Investitionshilfen, Maßnahmen zur Schaffung von grünen Leitmärkten sowie umfangreiche öffentliche Investitionen in die energiewirtschaftliche Infrastruktur und den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft.

Mit in den Blick zu nehmen ist auch, dass aufgrund der schweren coronabedingten Rezession die Investitionskraft der Unternehmen auf absehbare Zeit geschwächt sein wird. Dazu der Verbandspräsident: „Es braucht dringend Entlastungen der Stahlunternehmen insbesondere im Bereich der Energie- und Klimapolitik, aber auch bei der Unternehmensbesteuerung, um Freiräume für die dringend benötigten Zukunftsinvestitionen zu schaffen. So müssen Energiekostenbelastungen durch den nationalen Brennstoffemissionsrechtehandel, das EEG oder den Kohleausstieg vermieden werden. In Brüssel muss sich die Bundesregierung für eine vollumfassende Strompreiskompensation einsetzen. International wettbewerbsfähige Strompreise sind sowohl für die Transformation der Primärstahlerzeugung als auch für den Erhalt der bereits CO<sub>2</sub>-armen Elektrostahlerzeugung unverzichtbar.“

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl) vertritt die politischen Interessen der stahlproduzierenden Unternehmen in Deutschland mit ihren rund 85.000 Mitarbeitenden gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Weitere Informationen finden Sie unter: [www.stahl-online.de](http://www.stahl-online.de).

**Rückfragen**  
Marvin Bender  
Pressesprecher

Wirtschaftsvereinigung Stahl  
Sohnstraße 65  
40237 Düsseldorf

Fon +49 (0) 211 67 07-116 oder -847  
Fax +49 (0) 211 67 07-676  
Mail [marvin.bender@wvstahl.de](mailto:marvin.bender@wvstahl.de)